Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. — Bezugspreis freibleibend für den Monat 0,90 RM.
Donnerstags: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund".
Sonnabend: Die illustrierte Sonntagsbeilage.
In zwangloser Folge: Blätter zur Pflege der Heimatkunde.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger" oder auf die Erstattung des Bezugsgeldes.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigespaltene Reklamezeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.
Schriftleiter Hans Särchen, Baruth (Mark).
Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Mark).
Fernsprecher Nr. 217. — Postscheckkonto: Berlin Nr. 345 40.
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für undeutlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 55 — Dienstag, den 9. Mai — 1933

Hoffnung auf Arbeit.

Weniger Arbeitslose, weniger Konkurse, lebhafte Industriebeschäftigung. — Vor dem Ende der Getreidenot? — Straßenbau, Zinsverbilligung und Arbeitsbeschaffungsanleihe.

„Ehret die Arbeit." Unter dieses Leitwort hat der Reichskanzler den 1. Mai als den Tag der nationalen Arbeit gestellt und damit den Weg für die Zukunft unseres Volkes und unserer Wirtschaft gekennzeichnet. Die Arbeit, die in den letzten Jahren von so vielen geschmäht und von anderen vergeblich gesucht wurde, soll wieder Allgemeinrecht und allgemeine Pflicht werden. Daher einmal die Einführung der Arbeitsdienstpflicht, mit der noch in diesem Jahr begonnen werden soll, und zum anderen die großen Arbeitsbeschaffungspläne, die mit den Programmpunkten Hilfe für den Bauer, private und öffentliche Auftragserteilung für Industrie und Handwerk, gesunde Handels- und Finanzpolitik, Zinsbereinigung und Straßenbau kurz umrissen wurden. Allen deutschen Menschen, die guten Willens sind, ist damit die Hoffnung auf Arbeit, die jahrelang verschüttet war und demgemäß vielfach Verzweiflung aufgepflanzt hatte, wiedergegeben.

Da ist zunächst die Arbeitslosenziffer selbst, deren Entwicklung eine beredte Sprache spricht. Die Statistik hat gezeigt, daß sich diesmal die Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes in stärkerem Maße durchsetzen konnte als im Vorjahre. Im Verlauf der Weltkrise ist die winterliche Belastung des Arbeitsmarktes, d. h. die Zahl der Arbeitslosen stetig von Jahr zu Jahr größer geworden, und die jeweils darauf folgende Sommersaison reichte nicht aus, um den vorangegangenen Zuwachs wieder wettzumachen. Eine Wendung hat sich erst jetzt vollzogen. Während in den Vorjahren die Winterbelastung der Arbeitsmärkte stets mehr als zwei Millionen betragen hatte, lag der Höchststand des abgelaufenen Wirtschaftsjahres, der bereits im Februar 1933 erreicht war, nur um 944 000 über dem tiefsten Stand vom September 1932. Ein weiteres gutes Zeichen ist es, daß man in diesem Jahr mit einem längeren Anhaltender Saison auf Grund der Arbeitsbeschaffungspläne rechnen kann, und nicht wieder, wie es 1930 und 1931 der Fall war, wo ein Anwachsen der Arbeitslosenkurve im Juni bereits beobachtet wurde, gesteigerte Arbeitslosigkeit in den Monaten droht, die normalerweise zur Hauptarbeitssaison zählen — Ein weiterer Hoffnungsschimmer ist die Abnahme der Insolvenzen. Gerade im April hat die Abnahme der Zahlungseinstellungen ein besonders starkes Ausmaß angenommen. Die Gesamtzahl der Insolvenzen ist um 28 Prozent zurückgegangen; die der Konkurse allein von 467 im März auf 373 im April, das sind 21 Prozent; die der Vergleichsverfahren von 221 auf 144 oder um 34 Prozent. Gleichzeitig ist die Beschäftigung der Industrie nach der Industrieberichterstattung des Statistischen Reichsamts im März stärker als im Vorjahr gestiegen. Erfreulich ist die Tatsache, daß in den Industriezweigen, die der Produktion im Gegensatz zum Verbrauch dienen, die Beschäftigung doppelt so stark zugenommen hat, wie in den Verbrauchsgüterindustrien. Mit anderen Worten, es wird wieder an der Erneuerung und Verbesserung der Industrieanlagen, des Maschinenparks an der Modernisierung der Werksanlagen und Werkzeug gearbeitet.

Wieviel Aufgaben freilich noch der Lösung harren, hat die Kanzlerrede deutlich verraten. „Wir werden", so sagte Adolf Hitler, „in diesem Jahre uns bemühen, die erste Etappe auf dem Wege einer organischen Wirtschaftsführung zurückzulegen und werden dabei von seiner fundamentalen Erkenntnis ausgehen: Es gibt keinen Aufstieg, der nicht beginnt bei der Wurzel des nationalen, völkischen und wirtschaftlichen Lebens, beim Bauer . . . Wir werden daher beginnen, in erster Linie den Landmann und seine Wirtschaft gesund zu machen." — Der Anfang ist schon gemacht durch die Inangriffnahme des für Landwirtschaft und Volkswirtschaft gleichwichtigen Fettproblems und die vom Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg begonnene landwirtschaftliche Entschuldung bzw. Neuregelung der landwirtschaftlichen Entschuldung. Dazu kommt, daß nach den Ausführungen auf der Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats ein weiteres Hilfsmittel gefunden ist, um der Getreidenot ein Ende zu bereiten. — Was verstehen wir unter Getreidenot? Das Mißverhältnis, das sich aus einem zu großen Getreideanbau bei gleichzeitig ungenügender Versorgung des deutschen Volkes mit Fettstoffen und eiweißreichen Futtermitteln ergibt. Der Mangel in der Eiweißversorgung kann jetzt, nachdem es Prof. Baur gelungen ist, eine bitterstoffreie Lupine zu züchten, beseitigt werden. Für das Erntejahr 1933/34 wird je nach Ausfall der Ernte mit 20 000 bis 30 000 Zentner Originalsaatgut für die private Wirtschaft gerechnet. Naturgemäß reicht diese Menge nicht aus, um bereits 1934 nach Abzug der nötigen Saatmengen so große Lupinenbestände zur Verfügung zu stellen, daß damit an eine Verselbständigung der deutschen Futtereiweißversorgung gedacht werden könnte. Nachdem diese Lupinenart aber erst einmal vorhanden ist, handelt es sich nur noch um eine kurze Uebergangszeit, bis sie sich völlig in der deutschen Landwirtschaft eingebürgert haben wird. Gelingt es auf diese Weise, der Bedarfsdeckung Deutschlands aus eigener Erzeugung in der Fett- und Futtereiweißversorgung näherzukommen, so wird eine Umstellung vom überschießenden Geteideanbau auf den Anbau der eiweißreichen Futtermittel vollzogen werden müssen. Vor allem deshalb, weil der Gedanke der Selbstversorgung nur dann einen Sinn hat, wenn für sämtliche Grundstoffe der menschlichen Ernährung wenigstens eine gewisse Mindestversorgung gewährleistet ist. Erst die Verwirklichung dieses Zieles sichert auch gleichbleibende innerdeutsche Getreide-, Fett-, Futtermittelpreise und damit die von Regierung und Landwirtschaft erstrebte Gesundung und Rentabilität unseres Nährstandes.

Hand in Hand mit dieser Gesundung soll die der industriellen Unternehmungen gehen. Dazu bedarf es sowohl einer kaufwilligen Verbraucherschaft, die lange zurückgestellte, notwendige Anschaffungen macht, durch die Industrie, Handel und Handwerk beschäftigt werden, als auch der Auftragserteilung durch die öffentliche Hand. Ferner einer „Handelspolitik, die die Stetigkeit der Produktion sichert, ohne die deutsche Landwirtschaft zu vernichten". Auch hier sind bereits bedeutsame Anfänge gemacht. Nämlich in den Wirtschaftsabkommen Deutschlands mit England und Holland und der Verlängerung des deutsch-russischen Vertrages. Das Wesentliche gerade an den beiden ersten Abschlüssen ist, daß es hier gelungen ist, den Interessen von Industrie und Landwirtschaft gleichmäßig gerecht zu werden. Daß nicht alle Einzelinteressen dabei hundertprozentig berücksichtigt werden konnten, ist eine Selbstverständlichkeit. Auch hier hieß es und muß es in Zukunft heißen: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz", damit handelspolitisch das große Ziel erreicht wird, die seit Monaten erkennbare Schrumpfung des Außenhandels trotz des wenig erfreulichen ausländischen Gegenspiels zum Stillstand zu bringen und unsere in den Ausfuhrgüterindustrien beschäftigten Arbeiter im Brot zu erhalten und neue zu Brot zu bringen.

Diesem Ziel dient auch das vom Reichskanzler angekündigte Programm des Straßenneubaus, das im Hinblick auf die zunehmende Motorisierung besondere Bedeutung hat. Es liegen eine ganze Reihe von Plänen vor, die im großen Ganzen alle auf derselben Grundlage aufbauen: nämlich Einheitlichkeit im Ausbau und Verteilung der Arbeitsausführungen über acht bis zehn Jahre. Unentschieden wie die Einzelheiten des Planes ist bisher auch die Finanzierungsfrage. Man hat von einer Reichsanleihe für Arbeitsbeschaffung gesprochen. Gelingt es, eine solche mit vielleicht 4prozentiger Verzinsung ausgestattete Anleihe unterzubringen, so könnte damit leicht auch der erste Schritt auf dem vom Reichskanzler angekündigten Weg zum „Angriff gegen die Unerträglichkeit der heutigen Zinssätze" getan und eine grundlegende Regelung der Zinsfrage und Zinsumwandlung (Konversion) erfolgen.

Europäischer Friede ohne Vertragsrevision undenkbar.

Reichsbankpräsident Schacht über seinen Besuch bei Roosevelt.

Washington. Reichsbankpräsident Schacht gab in einer Washingtoner Pressekonferenz die Erklärung ab, er sei beauftragt, dem amerikanischen Präsidenten Roosevelt die wärmsten Grüße Hitlers zu überbringen. Schacht fuhr dann fort, viele Amerikaner machten den Fehler, daß sie von einer Hitler-Diktatur sprächen. Nichts sei so demokratisch wie die gegenwärtige deutsche Regierung. Auf Grund der Verfassung sei die Mehrheit der Reichstagsstimmen für die gegenwärtige Reichsregierung abgegeben worden. Es sei die beste Form der Demokratie, zunächst einen Führer zu wählen und ihm dann restlos zu folgen.

Schacht erklärte weiter, der englische Ministerpräsident MacDonald und der französische Vertreter Herriot hätten in Washington geweilt. Alle diese Besprechungen dienten dem Zweck,

durch eine gemeinsame Aktion die Welt von der Wirtschaftskrise zu befreien.

Schacht betonte, daß er stets ein Kämpfer für die internationale Verständigung gewesen sei. Kein Wirtschaftsfriede sei ohne politischen Frieden denkbar. Und so bringe er den guten Willen der Reichsregierung nach Washington mit.

Auf Anfragen amerikanischer Pressevertreter antwortete Dr. Schacht dann, die deutschen Zölle seien im Verhältnis zu den amerikanischen niedrig.

Deutschland sei grundsätzlich nicht gegen Zollherabsetzungen,

aber derartige Fragen könnten nur durch gegenseitige Zugeständnisse gelöst werden. Für Deutschland beständen die beiden Grundfragen, wie es einerseits seine Schulden zahlen und andererseits leben solle. Könne Deutschland nicht Waren ausführen, dann könne es auch nicht zahlen. Er glaube, daß ein Zollwaffenstillstand für die Welt sehr gut sei. Deutschland sei bereit, einen Freihandel mitzumachen, wenn er vorgeschlagen werden sollte. Schacht betonte dann nochmals, daß

Deutschland seine Schulden bezahlen wolle. Jedoch könne der Fall eintreten, daß Deutschland dazu nicht mehr fähig sei.

Die Golddeckung bedeute heute nichts mehr für Deutschland. Deutschland brauche aber Devisen, um seinen Handelsverkehr mit dem Ausland fortsetzen zu können. Ein Eingehen auf politische Fragen lehnte Schacht ab. Er erklärte indessen, daß ohne Revision der Verträge kein europäischer Friede denkbar sei. Es gelte jetzt, den Frieden zu gewinnen.

Der Russenvertrag ein Erfolg der deutschen Außenpolitik.

In maßgebenden politischen Kreisen Sowjet-Rußlands hat man nach allen aus Moskau vorliegenden Meldungen den Austausch der Ratifikationsurkunden, durch die der Berliner Vertrag verlängert wird, sehr begrüßt. Man erklärt, daß der Austausch der Unterschriften noch einmal die Notwendigkeit enger politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Rußland unterstreiche. Es wird weiter gemeldet, daß bei dem Austausch der Ratifikationsurkunden in einer Unterredung zwischen dem Sowjet-Außenkommissar Litwinow und dem deutschen Botschafter v. Dirksen in besonders freundschaftlicher Form über die weitere Zusammenarbeit gesprochen worden ist. Die Verlängerung des Berliner Vertrages war schon am 24. Juni 1931 vereinbart.

Der Abschluß und die Ratifizierung hatten sich dann durch die dauernden innerpolitischen Störungen, die Deutschland erlebte, verzögert. Es ist ein Zeichen für die außenpolitische Kraft der nationalen Regierung, daß sie in der Lage war, in einer einzigen Unterredung des Reichskanzlers mit dem russischen Botschafter die Ratifizierung und die Verlängerung des Berliner Vertrages zu erledigen.

Ausnahmen beim Zugabeverbot.

Durch das von der Reichsregierung beschlossene Zugabeverbot werden, wie der Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg mitteilen läßt, die bisher im § 1 Abs. 2 der Notverordnung vom 9. März 1932 als zulässig bezeichneten Zugaben, bei denen der Kunde die Wahl zwischen Zugabe und einem Barbetrag hat, künftig in das Verbot einbezogen. Das Verbot erstreckt sich nicht auf die auch bisher schon erlaubten Reklamegegenstände und die geringstwertigen Kleinigkeiten sowie nicht auf die mit einer beaufsichtigten Abonnentenversicherung verbundenen Zeitungen und Zeitschriften. Um den von dem Verbot betroffenen Betrieben eine Möglichkeit der Umstellung zu geben, wird das Verbot durch Anordnung des Reichswirtschaftsministers erst zu einem späteren Zeitpunkt, etwa in einem Vierteljahr, in Kraft gesetzt werden.

Oesterreichische Nadelstiche gegen Deutschland.

Einladung der Kärntner Regierung an den WDA. zurückgezogen.

Die Kärntner Landesregierung hat mit den Stimmen der Christlich-Sozialen und sozialdemokratischen Stimmen beschlossen, ihre Einladung an den Verein für das Deutschtum im Auslande, seine Pfingsttagung in Klagenfurth abzuhalten, zurückzuziehen. Anlaß zu diesem Entschluß gab eine Forderung der Nationalsozialisten, daß die Tagung von einem nationalsozialistischen Vertreter der Stadt Klagenfurth begrüßt werden solle. Der Beschluß der Kärntner Regierung ist ein

Ausfluß der Haßpolitik der Regierung Dollfuß gegen alles, was aus Deutschland kommt.

Die Regierung Dollfuß ist anschlußfeindlich, und der österreichische christlich-soziale Bundeskanzler Dr. Dollfuß hat in einer Unterredung mit dem sozialdemokratischen Bürgermeister von Klagenfurth vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß es erwünscht sei, wenn die Tagung des WDA. „im Interesse freundnachbarlicher Beziehungen" verhindert würde. In diesem Falle ist Italien gemeint, das Interesse daran hat, daß der Anschluß Oesterreichs an Deutschland nicht vollzogen wird.